Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 16 (1936-1937)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

gangenheit nicht vertrug, vor allem der starre Zentralismus; das herkömmliche Eigenleben der Bundesglieder blieb mit der nötigen Einschränkung gewahrt.

Unser Land wird immer Gedankenströmungen von draußen ausgesetzt sein. Das ist durch seine Lage in der europäischen Mitte und seine Vielsprachigkeit bedingt. Im Lauf der Geschichte hat der Schweizer aber immer wieder die Kraft und den Stolz aufgebracht, das Neue nicht unbesehen hinzunehmen; er hat es im Schmelztiegel seiner Sonderart umgeschmolzen, das Neue erdauert, Selbständiges, Eigenes daraus geformt und Wesensfremdes ausgeschieden. Damit hat er seine innere Unabhängigkeit behauptet, die die Voraussetzung der äußern ist. Das einzige Mal, da Kraft und Stolz dazu versagten, 1798, hat er es mit der Freiheit der Heimat bezahlt.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Nachklänge zum Fall Jacob. / Der „Adula"-Reinfall. / Anerkennung von Sowjetrußland?

Die Verurteilung des Dr. Wesemann zu 3 Jahren Zuchthaus hat endlich den Schlußstrich unter jene Affäre Jakob-Salomon gezogen, die sich in einer ganz erheblichen Belastung unserer Beziehungen zu Deutschland ausgewirkt hat und auf die zu einem nicht geringen Teil die auch heute noch gereizte und ablehnende Stellungnahme eines großen Teiles unserer Bevölkerung gegenüber Deutschland zurückzuführen ist. Man hat zwar in letzter Zeit den Eindruck gewinnen können, daß das Ausmaß dieser ablehnenden Stellungnahme sich eher etwas vermindert habe, was wohl nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß das Interesse in den letzten Monaten im wesentlichen durch den italienisch-abessinischen Konflikt in Anspruch genommen wurde, vor allem aber und sozusagen täglich wieder neu durch das für uns geradezu grausame Versagen des Völkerbundes. Und diese Ablenkung war wirklich zu begrüßen, wie es denn auch nicht einzusehen ist, weshalb unsere große Presse und die Masse unserer deutschschweizerischen Bevölkerung sich täglich mit Problemen und noch mehr mit Einzelheiten der deutschen Innenpolitik beschäftigen sollen. Daß uns die großen Züge der deutschen Entwicklung andauernd beschäftigen, ist allerdings leicht zu erklären und daß wir mehr und mehr mit schmerzlichem Bedauern bei unserem nördlichen Nachbar ein deutliches Abzweigen von einer bisher immerhin relativ gemeinsamen Linie der Grundlagen politischer und kultureller Anschauungen feststellen, ist nicht weniger erklärlich; was aber bestimmt nicht nötig ist und im Interesse der guten Beziehungen vermieden werden sollte, das ist das ewige Herumstochern in dem Kleinkram der deutschen Innenpolitik, der uns eigentlich gar nichts angeht. Daß dort die Diktatur herrscht, das wissen wir doch nun bereits seit über 3 Jahren und wir müssen uns in Gottes Namen an diesen Zustand gewöhnen, den wir bekanntlich nicht ändern können. Die Hauptsache ist ja schließlich, daß wir als Nation im zwischenstaatlichen Verkehr von diesem System nichts merken und man uns mit seinen Auswirkungen in Ruhe läßt.

Dieser Grundsatz aber ist eben im Falle Jacob deutlich verletzt worden und das ist auch der Grund, weshalb diese Affäre im ganzen Schweizervolk und keines-

wegs etwa nur bei den ohnehin Verhetzten eine tiefe und nachhaltige Mißstimmung hinterlassen hat, die auch bis heute nicht ganz überwunden zu sein scheint, obwohl Jacob ja schon längst wieder ausgeliefert ist.

Das aber war gerade das Unerquickliche an dieser nun endgültig erledigten Angelegenheit, daß die Auslieferung erst so spät und erst unter dem Druck unabweisbarer Tatsachen erfolgte. Wir möchten nun mit diesen Bemerkungen keineswegs etwa die alte Geschichte wieder aufrühren, aber, nachdem die Angelegenheit nun endgültig begraben ist, mag es gestattet sein, einige wenige retrospektive Bemerkungen zu dem Thema zu machen, die vielleicht geeignet sind, das Verständnis der Zusammenhänge zu fördern.

In jenen aufgeregten Apriltagen des letzten Jahres, als die Streitsache noch ganz frisch, die unserer Souveränität geschlagene Wunde noch blutend und die Wallung in unserer Presse und im ganzen Volk begreiflicherweise außerordentlich stark war, fuhren wir gerade nach Berlin und interessierten uns natürlich sehr für diese unangenehme Sache. Das erste nun, was wir zu unserem freudigen Erstaunen feststellen konnten, das war die durchaus einheitliche Auffassung aller vernünftiger Leute dort, daß dieser Jacob, der inzwischen im Columbiahaus gelandet war, natürlich mit möglichster Beschleunigung wieder ausgeliefert werden müsse! In diesem Sinne wurden auch große Bemühungen unternommen, die bestimmt hätten zum Erfolg führen müssen, wenn nicht eine gewisse Stelle andauernd sich dieser Auslieferung widersetzt hätte mit der Begründung, daß eine Mitwirkung amtlicher Stellen oder von amtlichen Stellen Beauftragter unter keinen Umständen in Frage komme, ein Standpunkt, der sich dann eben bekanntlich als völlig unrichtig erwiesen hat, worauf dann die endliche Entlassung mit einer Verspätung von einigen Monaten erfolgte. Da uns eben die Angelegenheit sehr interessierte, versuchten wir, etwas in die ganze Geschichte hineinzusehen und bei dieser Gelegenheit erhielten auch wir die eindeutige Erklärung, daß von einer Mitwirkung amtlicher Stellen nicht gesprochen werden könne — eine Erklärung, die wir, wie wir vermuten, von einer ziemlich maßgebenden Stelle bekamen. Es war nun in jenen Tagen und Wochen, als tobte ein stiller, aber unheimlich zäher Kampf unter verschiedenen deutschen Stellen, wobei die Mehrheit für die Auslieferung war, aber durch kategorische Erklärung einer Minderheit immer wieder zurückgehalten wurde.

Trotzdem glauben wir aber, daß die Auslieferung damals doch hätte erreicht werden können, wenn man auch auf schweizerischer Seite etwas vernünftiger gewesen wäre. Jeder, der Gelegenheit hatte, in diese Angelegenheit etwas näher hineinzusehen, wird mir bestätigen, daß die schweizerische Seite über die Hintergründe der ganzen Geschichte herzlich wenig unterrichtet war! Daher kam es auch, daß von unserer Seite aus nichts getan wurde, um jener Partei in Deutschland, die sich der Auslieferung widersetzte, in diesen Tagen wenigstens, wo es um die Entscheidung ging, ihr Hauptargument zu entwinden. Dieses Argument bestand nun eben darin, daß jene Stelle dauernd erklärte, man könne doch Jacob nicht unter dem Druck einer losgelassenen schweizerischen Presse ausliefern, da dies aus Prestigegründen ausgeschlossen sei. Wäre in diesen Tagen die schweizerische Presse durch einen zarten Wink nur für ganz kurze Zeit zu einer etwas größern Zurückhaltung veranlaßt worden, so wäre voraussichtlich die Auslieferung schon damals erfolgt. Aber man mußte tatsächlich das Gefühl bekommen, daß die schweizerische Seite über die Zusammenhänge kaum richtig orientiert war, sonst hätte bestimmt in dieser Richtung etwas geschehen müssen.

Man wird mir nun entgegenhalten, es sei nicht unsere Sache gewesen, uns in dieser Affäre zurückzuhalten und sogenannte Winke an die Presse seien bei uns nicht üblich. Wenn sie nur üblich wären! In allen andern Ländern, nicht etwa nur in diktatorisch regierten, nimmt die Regierung, auch ohne gesetzliche Grundlage, einfach im Interesse der Vernunft und im Staats-

interesse stets Fühlung mit ihrer Presse in wichtigen Fragen, damit die Fäden der Politik nicht unnötig zerrissen werden, und die Presse, auch die der Opposition, folgt im allgemeinen solchen Ratschlägen im wohlverstandenen Staatsinteresse durchaus willig, wenn sie diese als vernünftig anerkennen muß. Darin liegt natürlich keineswegs etwa eine Einschränkung der Pressefreiheit, denn es wird ja Niemandem ein Zwang angetan. Die Leute sind aber von sich aus vernünftig genug, auf begründete Argumente einzugehen und so im Staatsinteresse zu handeln. Nur bei uns, so scheint es, ist das nicht möglich. Es fehlt hier irgendwie an dem, was man die nationale Disziplin bezeichnen möchte.

Übrigens hätte in diesem Falle eine gewisse Zurückhaltung aus rein taktischen Gründen unserer Ehre oder unserem Recht nicht im Geringsten Abbruch getan. Wie viel Schaden und wie viel Spannung aber hätte vermieden werden können, wäre die Auslieferung des Jacob schon damals erreicht worden! In der Politik kommt es ja schließlich nicht nur darauf an, daß man Prinzipien reitet, sondern außerdem auch darauf, daß man geschickt ist. Nun wäre es bestimmt ebenso im schweizerischen wie im deutschen Interesse gewesen, wenn diese Affäre schon damals hätte beigelegt werden können. Wäre auch von schweizerischer Seite etwas in dieser Richtung getan worden, so hätten wir uns bestimmt nicht im Geringsten etwas vergeben und ein großer Schaden hätte vermieden werden können.

Damit soll nun nicht etwa der deutsche Eingriff in unsere Rechte irgendwie beschönigt werden und vor allem soll auch nicht behauptet werden, daß die Schweiz Anlaß gehabt hätte, im Grundsätzlichen auch nur im Geringsten nachzugeben. Der endliche volle Erfolg hat ihr denn auch Recht gegeben. Aber es will uns scheinen, als komme es in der Politik nicht nur darauf an, daß man sein Recht ohne Rücksicht auf die Mittel durchstiert, sondern ebenso sehr darauf, daß man geschickt ist und auch an die Zukunft denkt.

Die Strafe, die Wesemann erhielt, ist zwar sehr hart, aber völlig gerecht. Wenn man nachträglich aus zeitlicher Entfernung die ganze Angelegenheit nochmals betrachtet und sich der Einzelheiten erinnert, die im Prozeß in Basel zu Tage getreten sind, so kommt man durchaus zur Überzeugung, daß ein unerhörter Eingriff nicht nur in die persönlichen Rechte des im übrigen herzlich unsympathischen Jacob vorlag, sondern auch in unsere Souveränität. Wenn dieser letztere Punkt bei dem Urteil gegen Wesemann natürlich nicht die entscheidende Rolle spielen konnte, so hat er doch mitgesprochen und daraus ist auch die Schärfe des Richterspruches zu erklären.

Es ist im übrigen außerordentlich erfreulich, daß unsere große Presse im allgemeinen ausschließlich das Grundsätzliche des Falles gesehen hat und nicht etwa ihrer Sympathie für Jacob Ausdruck gab. Es ist aber bestimmt so, wie in der N. Z. Z. geschrieben wurde, daß wir uns Leute wie Wesemann und Jacob gleichermaßen vom Halse schaffen müssen, wenn wir die schwierigen außenpolitischen Zeiten gut bestehen wollen. In diesem Sinne hat das Urteil den Sinn der Generalprävention nicht nur etwa gegenüber zukünftigen Wesemännern, sondern ebenso gegenüber ihren Auftraggebern, und das ist gut so.

* * *

In diesen Tagen ist nun auch eine andere Angelegenheit erledigt worden, aber man kann von dieser Erledigung leider nicht ebenso, wie von der vorigen, sagen, daß sie gut sei. Der Prozeß gegen die Leute von der „Adula" findet also nicht statt! Vielleicht ist es, außenpolitisch gesehen, an sich gar nicht so ungeschickt, daß ein Aufrollen der Angelegenheit vor aller Öffentlichkeit vermieden wird, und es ist auch gar nicht ausgeschlossen, daß von oben in dieser Richtung auf die Bundesanwaltschaft eingewirkt wurde. In diesem Falle aber wäre es bestimmt zweckmäßiger gewesen und vor allem auch vorsichtiger, wenn man davon abgesehen hätte, den über 75jährigen Colombi einzusperren und ihn

und die Schweiz der Gefahr auszusetzen, daß ihm irgendetwas zustoße. Colombi ist nach italienischer Auffassung nicht der erste beste; er ist der Schwiegervater einer hochgestellten italienischen Persönlichkeit, nämlich des Herrn Parini, der zurzeit die freiwillige Auslandsitaliener-Division in Ostafrika kommandiert. Außerdem glauben wir nicht unrichtig zu vermuten, wenn wir sagen, daß die Beziehungen Colombi und hohen und höchsten italienischen Herrschaften enger gewesen sind, als man gemeinhin annimmt. Es würde uns auch gar nicht erstaunen, wenn das richtig wäre, was sich die Fama erzählen soll, daß nämlich Colombi mehr als einmal von Mussolini persönlich empfangen worden ist. Wußte man dies aber an zuständiger Stelle, so muß es unbegreiflich erscheinen, daß man sich einer so großen Gefahr aussetzte, indem man Colombi einsperrte, ohne vorher zu prüfen, ob seine Tat nach unseren gesetzlichen Bestimmungen überhaupt strafbar sei! Ganz abgesehen davon, gewinnt die ganze Angelegenheit, insbesondere vom hauptbeteiligten Ausland aus gesehen, heute einen eher lächerlichen Aspekt, denn es ist immer peinlich, wenn ein großaufgezogene Sache kläglich zusammenbricht und man sie schlußendlich am liebsten ganz still und leise begraben würde! Wir haben das Gefühl, daß sich über diese Erledigung nicht nur Colombi und die mitbeteiligte Bontempi freuen, sondern noch ganz andere Leute, und das ist uns weniger angenehm.

Das Erste aber ist nun, daß wir endlich darauf sehen müssen, die ungenügenden gesetzlichen Grundlagen, die uns das längst veraltete Bundesstrafrecht gibt, zum Mindesten in Sachen Landesverrat zu revidieren, und wir hoffen, daß diese Angelegenheit nun mit der erforderlichen Beschleunigung an die Hand genommen wird. Die Zeiten sind gerade in dieser Richtung sehr bewegt und es besteht die bestimmte Gefahr, daß wir bei längerem Zögern bald einem neuen Tatbestand gleicher Qualität gegenüberstehen und dann wieder nichts ausrichten können.

Ob es ein Nachteil oder ein Vorteil ist, daß die öffentliche Behandlung des ganzen Themas und die Aufrollung aller Zusammenhänge nunmehr unterbleibt, möchten wir durchaus dahingestellt sein lassen. Vielleicht ist es ganz gut so, wenn die öffentliche Erörterung zurzeit dahinfällt. Die Hauptsache ist ebenfalls, daß unsere amtlichen Stellen sich über die Zusammenhänge klar sind und das ist bestimmt der Fall. Und man darf nun wohl erwarten, daß der Bundesrat aus seiner Kenntnis der Zusammenhänge heraus wachsam bleibt und weitere ähnliche Umtriebe mit Entschlossenheit verhindert.

* * *

Zum allgemeinen Erstaunen hat die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates entgegen der Ansicht des angeblich in diesem Punkt einigen Bundesrates mit 9 zu 3 Stimmen gefunden, daß die Anerkennung Sowjetrußlands durch die Schweiz auch de jure heute zu empfehlen sei. De facto besteht sie insofern schon lange, als unsere Industrie zum Teil mit staatlicher Unterstützung nach Rußland exportiert, also mit einem Lande Handel treibt, in dem die Regierung, der Staat, das Handelsmonopol besitzt. Trotzdem hat der Beschluß der Geschäftsprüfungskommission ganz erheblich Staub aufgeworfen, man ist auf allen möglichen Seiten „befremdet", wobei nur nicht ganz feststeht, ob diese „Befremdung" wirklich in allen Fällen so völlig echt ist, wie man nach Außen gerne haben möchte.

Das Erstaunen über den merkwürdigen Beschluß der Kommission ist umso größer, als man sich bisher, soweit das Bürgertum in Frage kam, einer geschlossenen Front gegenübersah, welche eine Anerkennung Rußlands unter allen Umständen ablehnen wollte, und aus dieser Front waren in den letzten Monaten nur die 7 Duttweilerleute ausgebrochen. Es ist nun natürlich unvermeidlich, daß die Angelegenheit zur Diskussion gestellt ist und man wird schon in allernächster Zeit wei-

tere Debatten über diesen Punkt erleben. Möglich auch, daß die Angelegenheit in der Juni-Session des Parlamentes irgendwie zu einer Entscheidung kommt.

Es wird Gelegenheit sein, in diesen Heften das Problem noch grundsätzlich und ausführlich zu behandeln. Für heute möchten wir der Ansicht Ausdruck geben, daß auch in dieser Frage die politische Prinzipienreiterei nicht unbedingt die letzte Weisheit darstellt und daß es sich nicht gerade gut macht, wenn man einerseits mit den verfemten Genossen Geschäfte tätigt, aber auf der andern Seite in politischer Moral macht. Größere Staaten als wir sind in dieser Richtung eigentlich viel konsequenter gewesen und zwar schon längst und wir glauben zu wissen, daß Deutschland bereits vor ca. 15 Jahren die Beziehungen mit Rußland aufgenommen und in Rapallo sogar über das formelle Maß hinaus vertieft hat, ohne daß man jemals etwas davon gehört hätte, auf welche Weise Rußland die Ermordung jenes deutschen Botschafters und Generals in Moskau gesühnt hat! Uns ist ja ein ähnliches Unrecht geschehen und Rußland wird uns ebensowenig Genugtuung geben, wie es sie Deutschland gab und ebensowenig, wie es den Franzosen ihre Milliarden Goldes zurückbezahlt. Ist es aber unsere Aufgabe, mehr zu fordern, als den Großen bewilligt wurde und ist dies überhaupt noch politisch gedacht, nachdem ja die Politik als Kunst des Möglichen bezeichnet wird? Und ist es im weitern zu verantworten, daß wir als kleinster Staat unter den Großen Europa's dauernd und immer wieder meinen, mit dem Fäustchen im Sack oder mit erhobenem Drohfingerchen herumlaufen zu müssen?

Zürich, den 20. Mai 1936.

Jann v. Sprecher.

Zur politischen Lage.

Frankreich unter sozialistischer Führung. / Italien als Sieger. / Das italienische Imperium und die Nachbarn. / Englands gebundene Politik.

Ob nun auch in Frankreich die sonst überall längst im Gang befindliche Zerreibung der bürgerlichen Mittelgruppen einsetzt? Es hat durchaus so den Anschein, wenn man das Bild der letzten französischen Wahlen betrachtet. Einstweilen liegt die Führung jedenfalls in Frankreich bei den Sozialisten. Diese werden in einer Zeit erheblicher finanzieller Sorgen des Staates und starker wirtschaftlicher Nöte des Volkes und zudem in einer durchaus undurchsichtigen außenpolitischen Lage die Verantwortung übernehmen müssen. Herr Blum wird nun die von Flandin nicht sehr überzeugend eingeleitete Auseinandersetzung mit dem Deutschen Reich fortführen und zugleich die verfahrene Lage im englisch-italienischen Verhältnis und die trostlose Verwirrung des Völkerbundes entwirren müssen. So werden die französischen Sozialisten zeigen können, ob sie etwas fertig bringen. Es wird für sie nicht sehr leicht sein, da sie mit viel Mißtrauen und Gegnerschaft zu rechnen haben. Sie sind durch den kommunistischen Hemmschuh, das schöne Ergebnis der französischen Russenfreundschaft, innenpolitisch und außenpolitisch auf ganz bestimmte Linien festgelegt, und diese Linien sind samt und sonders nicht sehr erfolgversprechend. So steht heute Frankreich unzweifelhaft weniger stark und schlagfertig da als vor seinen Kammerwahlen und das in einem Augenblick, wo es sein internationales Ansehen auf dem Felde der großen Politik kräftig einsetzen sollte.

* * *

Alle diese für die Dauer vielleicht sehr bedeutsamen französischen Vorgänge verblassen jedoch völlig vor den Ereignissen um Italien. Was noch in unserer

letzten politischen Betrachtung als bloße Möglichkeit erschien, ist inzwischen Tatsache geworden. Italien hat seinen durchschlagenden Erfolg unter Dach gebracht. So wenig wie die Entfernungen des afrikanischen Kriegsschauplatzes, so wenig haben die Schrecken der abessinischen Regenzeit vor der modernen Technik standgehalten. In einem halben Jahre haben die Italiener das abessinische Reich völlig vernichtet und damit einen wesentlichen Machtzuwachs und eine gewaltige Steigerung ihres Ansehens und ihrer Geltung errungen. Mussolini hat einmal mehr gezeigt, daß er zum rücksichtslosen Einsatz der eisern zusammengefaßten Mittel seines Landes entschlossen ist, und er hat auch gezeigt, daß die von ihm mit so großer Mühe und Opfern aufgebaute italienische Kriegsmaschine heute ein sehr beachtenswertes Instrument ist. Auf jeden Fall in seiner Hand!

Nun kann Italien ein großes Kolonialreich auf die Beine stellen. Es ist auch zweifellos bei seinem Menschenüberfluß heute mehr als jeder andere europäische Staat in der Lage, eine neue Siedelungskolonie zu schaffen, und zwar auch in einem subtropischen Gebiet, wie das Abessinien ist. Wird ihm die nötige Zeit gelassen, so wird es die Kolonialschöpfung auch sicher fertig bringen, und zwar wird es dazu nicht allzu viel Zeit gebrauchen. Gleichzeitig aber wird es auch daran gehen, Abessinien zu einem entsprechenden militärischen Stützpunkte auszubauen und dort farbiges Kanonenfutter auf die Beine zu stellen. Es hat ja gezeigt, daß es das schon bisher in Lybien, Erythräa und dem Somaliland ganz gut verstanden hat. So wird es in nicht allzu ferner Zeit in Ostafrika für jede Möglichkeit gewappnet dastehen.

Einstweilen ist das allerdings noch Zukunftsmusik, wenn auch mit einem sehr, sehr realen Hintergrund. Einstweilen handelt es sich für Italien darum, den Krieg in Abessinien und die Sanktionen des Völkerbundes noch völlig zu liquidieren. Das aber ist eine dringende Aufgabe. Italien hat für den Kampf in Ostafrika alle seine Kräfte aufbieten müssen und den größten Teil seiner international verwertbaren nationalen Mittel dafür eingesetzt. Das war umso mehr notwendig, weil die Sanktionen trotz all ihrer Löcher das eine fertig brachten, die italienische Handelsbilanz sehr ungünstig zu gestalten. Mussolini konnte sich natürlich die für den Krieg notwendigen Rohstoffe dauernd verschaffen, aber dafür war die italienische Ausfuhr außerordentlich stark gehemmt. So wäre zweifellos Italien bei einer längern Dauer des Krieges, wie das von den Engländern ja beabsichtigt war, allmählich wirtschaftlich verblutet. Auch so noch ist die wirtschaftliche und finanzielle Schädigung des Landes sehr bedeutend. Man begreift deshalb, daß Mussolini ungeduldig und heftig auf die Abschaffung der Sanktionen drückt und selbst bis zum Abbruch der Beziehungen mit dem Völkerbund gegangen ist. Italien braucht dringend Atem und Bewegungsfreiheit. So wird es sich mit allen Mitteln der Sanktionen zu entledigen trachten.

* * *

Vielleicht wäre ihm das bereits geglückt, wenn Mussolini in seiner Siegestrunkenheit nicht gar zu deutlich geworden wäre. Die glatte Annexion Abessiniens, die Erhebung Italiens zum Kaiserreich, die Proklamierung des italienischen Imperiums, all das war ein wenig viel auf einmal und ein wenig allzu deutlich. Mussolini mußte sich eben nach der ungeheuren Nervenanstrengung der angstvollen Monate der ersten Kriegszeit heute Luft machen. Er tat das in seiner Weise und hat damit eine erhebliche Reaktion bewirkt. Ringsum wurde das schon lange vorhandene Mißtrauen gegen das fascistische Italien mit einem Schlage übermächtig. Und so blieb einstweilen in Genf alles in der Schwebe. Selbst für die dortige trostlose und zerfahrene Lage war dieses Vorgehen Mussolinis etwas zu stark und so raffte man sich denn zu einer Tat auf und — vertagte die Entscheidung.

Zu verdenken ist es vor allem den Nachbarn Italiens nicht, wenn sie stutzig geworden sind. Es ist ja sonnenklar, daß das italienische Imperium noch nicht

fertig, sondern erst in den Anfängen seines Aufbaus begriffen ist. Und so dürfen sich Griechenland vor allem, dann Südslawien, die Türkei, England, aber auch Frankreich alle mit Recht sagen, daß sie bei Zeit und Gelegenheit genau so behandelt werden könnten wie heute der Negus. Italien macht vor keinem fremden Volkstum halt; das hat es zur Genüge in Südtirol, dem Küstenland, dem Dodekanes gezeigt. Es betreibt in Europa eine zielbewußte Ausdehnungspolitik; dafür sind Österreich und Albanien Beweis genug. Es hat aber auch seine Irredentagedanken gegenüber der Schweiz, Frankreich und England nicht vergessen. Es hat ferner Tunis nicht vergessen und fühlt sich außerdem völlig stark genug, ein sehr weites Kolonialreich zu verdauen. Dazu hat auch die italienische Politik der letzten Jahre, gegenüber England vor allem, deutlich genug gezeigt, daß bei ihr keinerlei Hemmungen vorhanden sind. Man weiß also, was man von ihr zu erwarten hat. All das muß man rings um Italiens Grenzen wissen; an einzelnen Orten, wenn auch nicht in Bern, wird man es auch beherzigen und sich darnach einrichten.

Trotzdem ist es noch durchaus unsicher, ob daraus ein Widerstand erwachsen kann, den Mussolini irgendwie ernsthaft in seine Rechnung einzustellen haben wird. Die Erfahrungen des ganzen letzten Jahres sprechen wenigstens nicht dafür!

* * *

Nur in einem Falle könnte etwas derartiges geschehen, nämlich in dem Falle, als sich England wirklich entschlossen dahinter stellen würde. Besteht aber dafür irgend welche Aussicht?

Sachlich würde allerdings für eine solche Haltung Englands mancherlei sprechen. Sein Ansehen ist im Kampf um Abessinien weitgehend aufs Spiel gesetzt und dementsprechend auch verloren worden. Der Respekt vor der englischen Weltmacht ist heute allgemein auf einen sehr geringen Stand gesunken, wahrscheinlich auf einen ungerechtfertigt tiefen Stand. Diese Scharte wird man in London bald einmal auswetzen müssen, wenn man im nahen und fernen Osten nicht trüben Erfahrungen entgegen gehen will. Außerdem aber ist heute schon Italien für den Lebensnerv des englischen Weltreiches eine erhebliche Gefahr, eine Gefahr, die man im Zeitalter des Luftkrieges und der Motorisierung nicht unterschätzen darf. Und sie wird sich sehr rasch verstärken, je mehr der Ausbau Abessiniens zu einer militärischen Operationsbasis fortschreiten wird. England wird so in die Notwendigkeit versetzt, für den Schutz Aegyptens ständig militärische Machtmittel in einem Maß einzusetzen, das für die traditionelle englische Politik einfach unerträglich werden muß. Trotzdem wird man vor einem Handstreich von Abessinien und Libien her nie sicher sein.

So würden also sehr gewichtige Gründe dafür sprechen, daß England seine seit Beginn des Ostafrikakonflikts eingehaltene Linie nicht aufgibt, sondern den Italienern dort ihre Stellung so sauer zu machen sucht, daß sie schließlich wenigstens teilweise aufgegeben werden müßte. Besteht aber zur Erreichung dieses Zieles ohne den Einsatz der Waffen heute noch irgendwelche Aussicht? Ich glaube nicht! Erstens ist die Geneigtheit in der Welt, England auf dem bisher begangenen Wege weiter zu folgen, sehr gering. England hat sich eben zu schwach und schwankend gezeigt. Zweitens aber wird man heute in London wissen, daß Mussolini keinen Schritt weit zurückweichen wird, wenn er nicht mit den Waffen dazu gezwungen wird.

So kommt denn eben alles wieder darauf hinaus, daß nur eine imponierende Waffenmacht die bisherige englische Politik zu einem Erfolge führen könnte. Diese Macht aber besitzt Großbritannien heute so wenig wie vor einem Jahr, und es scheint auch beim englischen Volke keine große Neigung zu bestehen, diese zu schaffen; das zeigen u. a. die schwachen Rekrutierungsergebnisse. So fehlt der englischen Politik die entscheidende Stütze und sie ist deshalb zu ständigen Halbheiten verdammt, die ihr schließlich jeden Kredit innerhalb und außerhalb der Grenzen rauben werden.

Diesem Mangel könnte natürlich Frankreich abhelfen. Es ist aber kaum anzunehmen, daß auch Herr Blum dazu die Hand bieten wird, trotzdem er sicher für Mussolini wenig übrig hat. So heißt denn für England die Losung einstweilen wohl: Auf der Stelle treten, bis man jemanden gefunden hat, der sich für die berühmten Kastanien interessiert.

Aarau, den 18. Mai 1936.

Hektor Ammann.

Die Kammerwahlen in Elsaß-Lothringen.

Der Ausgang der letzten Wahlen zur Pariser Abgeordnetenkammer ist dieses Mal vielleicht noch schwerer als früher auf eine einfache Formel zu bringen. Der Aufmarsch der verschiedenen Parteien und Gruppen erfolgte in den letzten Wochen in ziemlicher Verwirrung. Das nach einer unwürdigen parlamentarischen Komödie beibehaltene Kreiswahlsystem, wo weniger um Ideen und Programme als um Männer und kleinliche Interessen gekämpft wird, tat ein übriges, um die Grenzen zwischen manchen Gruppen und Kandidaten weitgehend zu verwischen.

Da es sich um Wahlen im ganzen Staate handelte, wurden natürlich auch die allgemeinen französischen Parolen in den Kampf geworfen: hie „Front populaire" und Russenpakt mit „antifaschistischer" Politik — hie Abwehr des drohenden Bolschewismus und Ablehnung der Russenpolitik. Es zeichnete sich damit zum Teil die alte Scheidung rechts-links wieder ab. Daß die ausgesprochenen Autonomisten, die seit Jahren diese Fronten mit Erfolg immer wieder aufgerollt haben und nur die Lager: für oder gegen die Heimatrechte gelten lassen wollen, in diesem Hexenkessel kein bequemes Manövrierfeld hatten, ist leicht zu verstehen.

Dazu kam, daß die außenpolitischen Ereignisse des 7. März in den Wahlkampf fielen, der damals schon eingeleitet war. Besonders im Grenzland, das bei einer Verschärfung der Krise am ehesten in Mitleidenschaft gezogen worden wäre, wirkte die außenpolitische Spannung lähmend und störend. Die Wähler hatten wochenlang andere Sorgen als die Flugblätter ihrer verschiedenen Kandidaten zu studieren. Gegen Ende der Kampagne ließ diese Ablenkung allerdings ziemlich nach, und in den letzten beiden Wochen entstand eine beträchtliche politische Konzentrierung der Geister auf die bevorstehende Entscheidung.

Wenn man die Ergebnisse der beiden Wahlgänge zusammenfassen will, kann man sagen, daß die katholische Volkspartei (U. P. R.) auch bei diesen Wahlen am besten abgeschnitten hat. Die Kommunisten erhielten viel mehr Stimmen als das letzte Mal. Die Heimatrechtler außerhalb der Volkspartei können ebenfalls mit dem Ausgang zufrieden sein, und was vielleicht das bedeutsamste an dieser Wahl ist: die markantesten Vertreter des unbedingten Regierungs- und rücksichtslosen Assimilationskurses sind geschlagen worden.

Im Unter-Elsaß wurden sämtliche ausscheidende Kandidaten der elsässischen Volkspartei im ersten Wahlgang wiedergewählt. Sogar der unterelsässische Führer, Abg. Michel Walter, ging am ersten Sonntag durch das Ziel, obschon ihm im Kreis Hagenau der Autonomist Schall einen scharfen Kampf geliefert hatte. Im Ober-Elsaß wurden ebenfalls die meisten Abgeordneten der Partei auf den ersten Anhieb wiedergewählt, während Rossé im zweiten Wahlgang in Colmar den Maire dieser Stadt, seinen sozialistischen Gegner Richard, glatt überflügelte. Die Volkspartei wird durch ihre weltanschauliche Grundlage so zusammengehalten, daß sie ihre zum Teil übrigens gut organisierte Anhängerschaft bis jetzt immer fest in der Hand behält und sie auf einzelnen Feldern des Wahlschachbretts sogar gewagte Schwenkungen ausführen lassen kann, ohne daß die Parteidisziplin darunter merklich

leiden würde. Endlich verfügt gerade sie, als die stärkste politische Gruppe des Landes, über eine Reihe von Kandidaten, die als langjährige Inhaber der Mandate sich in ihren Kreisen meistens so eingebaut haben, daß sie nicht leicht aus ihrer Stellung zu werfen sind.

Daß die Kommunisten auch im Elsaß wie in ganz Frankreich einen größeren Zulauf bekommen würden, wurde erwartet. Mancherorts hat ihre Stimmenzahl die Berechnungen noch übertroffen. Im Kreis Straßburg-Land kam bereits im ersten Wahlgang der Kommunist über den ausscheidenden Abgeordneten Frey und wurde im zweiten Wahlgang gegen diesen gewählt. Die Ursachen dieses roten Aufschwunges sind nicht alle leicht aufzuzeigen. Auf der einen Seite trieb die wachsende Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit natürlich viele Unzufriedenen zu den Kommunisten. Auf der andern Seite mag sich auch die erstaunliche Mauserung der Partei ausgewirkt haben, die unter der neuen Volksfrontflagge ganz offen konservative Allüren annimmt. Auf Befehl Stalins treten die französischen Kommunisten neuerdings für die Landesverteidigung ein und beginnen überhaupt ganz salonfähig zu werden. In ihrer mit sehr reichlichen Mitteln bestrittenen Wahlagitation gebrauchten sie Bilder und Schlagworte, daß man seinen Augen nicht trauen wollte. Neben einem Plakat mit dem Fort von Douaumont als Sinnbild des Friedens konnte man lesen, daß kommunistisch wählen „für die Ordnung" und „für die Familie" stimmen heiße. So erklärt es sich, daß sogar zahlreiche Klein- und Mittelbauern, denen von jeher die kommunistische Forderung nach Selbstbestimmungsrecht zusagte, dieses Mal ganz links wählten. Wie lange diese neuen Anhänger allerdings bei der roten Fahne bleiben werden, ist eine andere Sache. Ungeachtet des bolschewistischen Vormarsches aber hat das Elsaß bezeichnenderweise nur einen kommunistischen Abgeordneten von den 72 gestellt, die am 1. Juni in das Palais Bourbon einziehen werden. Wenn die autonomistische Bewegung nicht seit Jahren das Volk von Elsaß-Lothringen auf den Kampf um seine ureigensten Lebensrechte konzentriert hätte, wäre es gewiß nicht bei diesem einzigen Moskauer geblieben.

Die Stellung der ausgesprochenen Heimatrechtler außerhalb der Volkspartei kann man am besten so umreißen: in sieben unterelsässischen Wahlkreisen haben sich über vierzigtausend Wähler zu ihrem Programm bekannt. Unter Einschluß zweier lothringischer Heimatrechtler, die in den Kreisen Saargemünd und Bolchen noch an die zehntausend Stimmen erhielten, erhöht sich ihre Gesamtstimmenzahl auf etwa 50,000, was sich für unsere Verhältnisse sehen lassen kann. Von den Autonomisten der Landespartei schnitt am besten deren Präsident Dr. Roos in Straßburg-Land ab. Im Wahlkreis Zabern spitzte sich die Lage im ersten Wahlgang dadurch zu, daß der ausscheidende Heimatrechtler Dahlet von dem unabhängigen Autonomisten Dr. Brumder bekämpft wurde, weil Dahlet infolge seiner ausgesprochen linksbürgerlichen Einstellung seit der Machtübernahme Hitlers in der Frage der deutsch-französischen Verständigung und zuletzt noch gegenüber dem Russenpakt verschiedentlich eine unklare Haltung eingenommen hatte. Im zweiten Wahlgang wurde dann Dahlet wieder gewählt. Einen für viele Leute unerwarteten Ausgang nahmen die Wahlen in den beiden Kreisen der Landeshauptstadt selbst. Dort wurde im zweiten Wahlgang nicht nur der ausscheidende Abgeordnete Mourer von der Elsässischen Arbeiter- und Bauernpartei mit großer Mehrheit wiedergewählt, sondern sein Parteigenosse Hueber, der frühere Bürgermeister von Straßburg, siegte im zweiten Wahlkreis, wo neben vielen zugewanderten Altfranzosen auch zahlreiche Bourgeois im weitesten Sinne des Wortes wohnen, über den ausscheidenden Sozialisten Georges Weill und einen Vertreter der demokratischen Partei.

Die wahre Bedeutung dieser Wahlen ermißt man jedoch erst voll an den negativen Ergebnissen. Denn viel bezeichnender als manche Siege der Opposition sind die Niederlagen verschiedener Regierungsmänner von Namen und Rang. Wie schon erwähnt, wurde Weill in seinem bisherigen Wahlkreis von Hueber

geschlagen. Damit verliert die sozialistische Partei das letzte Mandat in Elsaß-Lothringen just in der Stunde, wo sie mit 142 Deputierten zum ersten Mal die stärkste Fraktion der Kammer stellt. So haben verbohrte Führer diese einstmals im Lande so starke Partei durch ein geradezu blindwütiges Befolgen des Assimilierungskurses fast ruiniert und um jeden politischen Einfluß gebracht. Mit besonderer Genugtuung wurde die Niederlage Weills, der als Reichstagsabgeordneter von Metz 1914 nach Frankreich ging und dort den Krieg als Kapitän zubrachte, in weiten Kreisen nicht zuletzt deshalb begrüßt, weil er als einziger elsässischer Deputierter für die Ratifizierung des Russenpaktes gestimmt hatte. Nicht minder schwer getroffen ist die politische Gruppe der Bourgeoisie und der Schwerindustrie, die demokratische Partei, die das Mandat von Straßburg Stadt, das sie Weill bestimmt abzunehmen hoffte, nicht erhält und sogar ihren letzten Abgeordneten im Unter-Elsaß verliert. Die Niederlage Frey's ist bedeutungsvoll. Es wurde schon im letzten Oktoberheft auf seinen Mißerfolg bei den Senatswahlen hingewiesen. Das letzte Durchfallen ist umso schmerzlicher, als Frey dieses Mal ein Mandat verliert, das er seit 1919 ununterbrochen innehatte. In seiner Person wurde nicht nur der Abgeordnete, sondern auch der frühere Unterstaatssekretär und der neue Maire von Straßburg geschlagen, dessen Partei dort nicht einmal einen Sitz zu erobern vermochte. In Paris wird man vermutlich den Sinn dieser Entwicklung jetzt verstanden haben, die bereits bei den Senatswahlen im letzten Herbst deutlich wurde und nun vom Volk mit unerbittlicher Konsequenz zu Ende geführt wurde. Dr. Oberkirch, die letzte, nun ebenfalls schon baufällig gewordene Säule des Regierungstempels, mußte sich in Schlettstadt in letzter Stunde noch von der U.P.R. retten lassen, der er vor Jahren so schmählich den Rücken drehte, um mit Poincaré's Segen die national-klerikale „Apna" zu gründen. Dieses Gebilde kann heute als erledigt angesehen werden. Durch die Niederlage des lothringischen Regierungsmannes Nominé, der in Saargemünd kürzlich den Bürgermeistersessel und nun auch den Abgeordnetensitz verspielte, wird das Bild abgerundet.

In den Wahlkampf versuchten auch neue Gruppen einzugreifen, die ihren Kampf sonst außerparlamentarisch zu führen behaupten. Jos. Bilger, der Führer des elsaß-lothringischen Bauernbundes, dessen Organisation in den letzten zwei Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat, bewarb sich im Kreis Gebweiler um ein Kammermandat. Aber den Widerstand der alten Volkspartei konnte er nicht erschüttern, geschweige brechen. Bilger schnitt verhältnismäßig schlecht ab, und es fragt sich, ob es seiner ständischen Bewegung überhaupt dienlich war, daß er sich um die Mitarbeit in dem Parlament auch nur bewarb, das er sonst als verfault und gänzlich korrupt verdammt.

Fühlbarer war indessen das Eingreifen der sogenannten Feuerkreuz-Bewegung des Oberstleutnant de la Rocque, die sich in der letzten Zeit im Lande festzusetzen sucht. Ohne klares Programm und mit der einfachen Losung: Ehrlichkeit, Sauberkeit und Ordnung im Staate! mußte diese Bewegung gerade im Elsaß-Lothringen auf beträchtliche Sympathien stoßen. Sie kann umso leichter Anhänger gewinnen, als ihre Propagandisten je nach der Gegend sich der autonomistischen Grundstimmung des Volkes weitgehend anpassen. Bei den Wahlen zeigte sich allerdings bereits deutlich, woher auch bei diesen neuen Volksbeglückern der Wind weht: in allen Wahlkreisen gaben die Croix-de-feu Parole für den chauvinistischen gegen den heimatrechtlichen Kandidaten aus. So hat diese pseudofaschistische Organisation schon jetzt ihr wahres Gesicht gezeigt und nur bestätigt, was ruhige Beobachter gleich wußten: daß sie lediglich einen neuen, nicht ungeschickten Versuch darstellt, mit zugkräftigen und dem Zeitgeist angepaßten Schlagworten unsere braven Leute vor den Karren der Reaktion in jedem Sinne dieses Wortes zu spannen.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß sich auch dieses Mal unser Volk mit aller Deutlichkeit gegen den Assimilierungskurs der Regierung im Innern,

gegen die Außenpolitik, wie sie am krassesten durch das Bündnis mit Sowjet-Rußland definiert wird, für seine Eigenart und für die deutsch-französische Verständigung ausgesprochen hat. Dieser Eigenwille des Volkes war so bestimmt, daß sogar die Parteien, die ihn zwischen den Wahlzeiten einfach zu übergehen pflegen, ohne Ausnahme die elsässische Seite ihres Programms unterstrichen, und auch solche, die sonst am wildesten randalieren, vor den Wählern einer gütlichen Bereinigung der deutsch-französischen Frage das Wort redeten.

Wie sehr aber Elsaß-Lothringen 17 Jahre nach Versailles sich ein politisches Sonderleben bewahrt hat, zeigt am besten die Tatsache, daß das Land vom roten Erdrutsch Altfrankreichs eigentlich unberührt geblieben ist.

H. Bickler.

Kultur- und Zeitfragen

Lovis Corinth in der Kunsthalle Basel.

Die Basler Corinth-Ausstellung gibt in 80 Gemälden und 40 Aquarellen und Zeichnungen ein treues Bild von der Entwicklung und dem Wesen dieses Malers. Sie verschweigt Schwächen und Abschweifungen nicht, räumt ihnen aber doch nicht einen so breiten Platz ein wie es die Zürcher Courbet-Ausstellung tat. Die Entwicklung des Künstlers ist bei Corinth ganz besonders wichtig, weil sie den letzten Einblick in seine tiefe Zeitbedingtheit gewährt.

Nachdem die Zeichnungen des 18-Jährigen noch von kindlicher Unbeholfenheit sind, zeigen bereits die 80er Jahre (Corinth ist 1858 zu Tapiau in der Nähe von Königsberg i. Pr. geboren) den jungen Maler im Vollbesitz aller technischen Mittel seiner Kunst. Das Bildnis des Vaters sowie das Stilleben mit dem ausgeweideten Fisch, die aus dieser Zeit gezeigt werden, sind solchem Können nach von altmeisterlicher Vollendung. Aber diese Art, welche in jener Zeit eben doch nur aus zweiter Hand sein konnte, genügt dem Künstler nicht, wie sie in geringerer Vollkommenheit so vielen seiner Zeitgenossen genügt hatte. Er beginnt zu tasten. Ein Gemälde „Frühling" von 1895 zeigt die flache Redseligkeit eines schlechten Thoma, ein anderes, „Lebensfreude", von 1898 weist die volle Verblasenheit des Jugendstils auf. Wenn wir das erste Selbstbildnis betrachten, das diese Jahre zeitigen, das mit dem Skelett, so begreifen wir sofort, daß dieser starke und massive Mensch, der etwas von einem ostpreußischen Gutsverwalter hat, in solchen dünnen und schwächlichen Bezirken nicht hängen bleiben konnte. Zu Beginn seiner vierziger Jahre, um die Jahrhundertwende, klingt zuerst das Eigene in ihm auf. Er bringt die Ausdrucksmittel des Impressionismus fast spielend in seine Gewalt, wie das Bildnis des Herrn Gorge glänzend erweist. Aber auch das bleibt nur ein Mittel zum Zweck. Dieser Zweck beginnt sich nun zu enthüllen und nimmt von jetzt an den Pinsel des selbstgewissen und schwerknochigen, fest auf der Erde stehenden Malers immer ausschließlicher in Besitz. Und es mußte vielleicht gerade ein solcher Mensch sein, dem niemals der Verdacht einer Zweideutigkeit seines vollsaftigen Lebens und Schaffens kommen zu können schien, an welchem sich diese Übermacht des Hintergründlichen erweisen wollte.

Der erste Meisterwurf ist das Bildnis der Frau Rosenhagen: von dichtester Stofflichkeit, von gradliniger Treue der Wiedergabe, läßt es im schillernden Braun und Gelb des Kleides, welches sich schwächer in dem fahlen Gesichte wiederholt, schon etwas von dem seltsamen Verwesungsgeruch spüren, den von nun an Corinths lebensvolle Bilder leise ausströmen. Gerade das Tierhafte in aller Kreatur, das er sieht, das Tierhafte in seiner brutalen wie liebenswürdigen Hilflosigkeit, vereinigt auf diese Weise Dichtigkeit und Bestandlosigkeit. Ein schönes Beispiel dafür